

Schwul in Freiburg

Rosa Hilfe Freiburg e.V.

3.Jahrgang, Februar 1995

... wollen untertänigst bitten

Ärger einem Bürgermeister gegenüber ausdrücken, ist unschicklich, unbotmäßig, vor allem dann, wenn man diesen auffordert unrichtige Behauptungen richtigzustellen. "Solange Sie Geld von der Stadt wollen, würde ich nicht so laut reden." "So können Sie mit einem Bürgermeister nicht reden." "Sie wollen doch etwas." An unterschiedlichen Stellen der Stadtverwaltung solches Reden zu hören, mutet kafkaesk an. Nun ist Ohnmachtserleben in der jüngeren schwulen Geschichte nicht neu, man denke nur an die vielen vergeblichen Versuche schwuler Nazi-Opfer um Rehabilitierung oder an die vielfachen vergeblichen Bemühungen den Nazi-Paragrafen 175 vor 1969 abzuschaffen, denen dann auch noch Haftstrafen folgten.

Doch zurück ins Freiburg von 1995, mich macht zornig: Wenn mit unrichtigen Behauptungen, vorgetragen im zuständigen Ausschuß von Bürgermeister Seeh, der städtische Mietkostenzuschuß für die Rosa Hilfe von ursprünglich bewilligten 75 % auf 50 % gekürzt wird und wenn dann auch noch Beschwerden und Bitten um Richtigstellung mit Sätzen wie den obigen beschieden werden. Wenn ich mir dann erkläre, so ist das Selbstverständnis einer Bürokratie, um den Gedanken an Schwulenfeindlichkeit wegzuwischen, dann ärgere ich mich doppelt.

Die Wirkungen von Kürzung und falscher Behauptung sind schwulenfeindlich. Sie erschweren und behindern die Beratungsarbeit, - es sind nicht wenige, die um Rat nachsuchen, denen die Wirkungen des Nazi-Paragrafen in den 50er und 60er Jahren noch in schmerzhafter Erinnerung sind. Die Darstellung unseres Vereins und damit seiner Arbeit als unzuverlässig befördert alte Vorurteile: Schwule sind unzuverlässig und erpreßbar, weil triebhaft, stehen nicht für das Nationale ein, sind wie Frauen emotional überbordend, nicht so recht ernst zu nehmen. Sicher war das alles so nicht beabsichtigt. Entscheidend sind hier die Wirkungen!

Die eingangs sinngemäß zitierten Sätze wurden einem selbstbewußt auftretenden Schwulen gegenüber gemacht. Den SprecherInnen war dies bewußt. Also drängen sich Fragen auf wie: Haben Schwule auch weiterhin nichts zu wollen, sollen sie auf Gratifikationen untertänigst warten? Sind nur stille Schwule erwünscht, solche

vielleicht die nach erlittener Gewalt auch noch schuldbewußt nach Hause schleichen? - Die Fassade der Toleranz ist sehr brüchig.

Immerhin wird durch das ganze Geschehen die Fragwürdigkeit der Versprechungen dieser Republik deutlich. Wenn man dann noch den Umgang der Verwaltung mit den gewählten Vertretern der Bürger, den Gemeinderäten mitbekommt, davon ein andermal mehr, dann bekommt Demokratie eine merkwürdig dunkle Grundierung.

- phf -